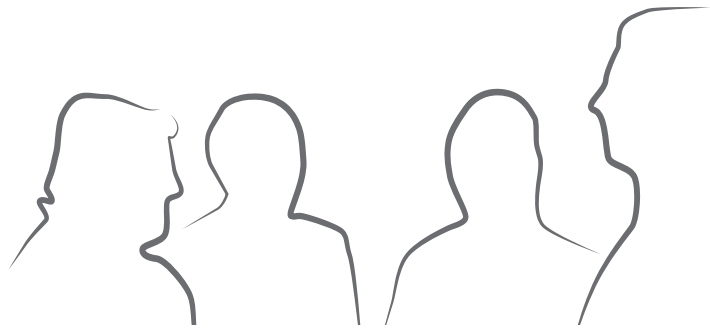
SoVD im Gespräch

Mit Sachverstand und Nachdruck bringt der Sozialverband Deutschland (SoVD) sich in die politische Diskussion ein – und sorgt somit auf übergeordneter Ebene dafür, dass die Stimmen sozial Benachteiligter gehört und berücksichtigt werden. Das gilt besonders für die Interessen der Rentner, der gesetzlich Krankenversicherten sowie der pflegebedürftigen und behinderten Menschen. Lesen Sie auf den Seiten 4 und 5 Berichte über die politische Arbeit in relevanten Gremien, über Gespräche mit Vertretern anderer Verbände, Institutionen und Interessensvertretungen.



Jubiläum des Deutschen Frauenrates

60 Jahre Lobby der Frauen

Eine Einladung bei Bundesfrauenministerin Kristina Schröder war der Auftakt des 60-jährigen Jubiläums des Deutschen Frauenrates (DF), welches auch bei der Mitgliederversammlung gefeiert wurde. Für den SoVD nahm Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack als Delegierte teil.

1951 hatten 14 Frauenverbände den „Informationsdienst für Frauenfragen“ gegründet, aus dem sich die „Lobby der Frauen“ entwickelte. „Solange Frauen strukturell diskriminiert werden, ist deren Interessenvertretung unabdingbar, die Forderung nach Geschlechtergerechtigkeit aktueller denn je“, sagte DF-Vorsitzende Marlies Brouwers. Daher bleibe der DF „ein unverzichtbarer Teil der politischen Interessenvertretung und Meinungsbildung in diesem Land.“ In ähnlichem Tenor würdigten zahlreiche Gratulanten die Verdienste des DF. So auch Edda Schliepack: „Die Frauen im Deutschen Frauenrat haben immer wieder den Finger in die Wunde gelegt, sie haben auf Missstände aufmerksam gemacht und vehement für eine Änderung der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gestritten.“ Sie beglückwünschte die engagierten Frauen zu ihrem Jubiläum und dankte für die konstruktive Zusammenarbeit: „Gemeinsam sind wir stärker und besser.“

Foto: SoVD

Edda Schliepack (re.) im Gespräch über frauenpolitische Fragen mit Regierungsdirektorin und Leiterin des Referates Gesellschaftliche Teilhabe, Vielfalt, sozialer Fortschritt im BMFSFJ, Dr. Martina Gräfin von Bassewitz.

Für ein solidarisches Gesundheitssystem

Mit vereinten Kräften

Der SoVD setzt die erfolgreiche Zusammenarbeit zum Thema solidarisches Gesundheitssystem in Verbindung mit einer Bürgerversicherung fort.

Bereits im Jahr 2010 hat der SoVD mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und weiteren Partnern in der Reformkommission „Für ein solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft“ erfolgreich zusammengearbeitet. Die gemeinsamen Anstrengungen mündeten in der Übergabe eines eigenen Konzeptes an die Präsidentin des Bundesrates, Hannelore Kraft.Im November dieses Jahres wurde das Bündnis neu belebt.

Ziel soll es sein, bereits mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 das erarbeitete Konzept zum Gesundheitssystem weiter zu vertiefen und zur Grundlage für die politische Auseinandersetzung zu machen. Dazu wurden zu Gesprächen Vertreter jener Parteien eingeladen, die ebenfalls eine Bürgerversicherung zum Ziel haben. Das sind vor allem die SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und Die Linke. Gemeinsam erörterten die Vertreter des SoVD, des DGB und der angeführten Parteien, wo es trennende und wo verbindende Punkte gibt. Besonders das Konzept der SPD warf hierbei viele Frage auf, während es bei den Konzepten von Bündnis 90 / Die Grünen und Die Linke zahlreiche Übereinstimmungen gibt.

Der SoVD wird auch in Zukunft die kommende Kommissionsarbeit weiterhin konstruktiv mitbegleiten. Gemeinsam mit den befreundeten Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sowie den Gewerkschaften wird der Sozialverband Deutschland frühzeitig aufzeigen, dass es in der Gesundheitspolitik gute Alternativen zum Handeln der Bundesregierung gibt.

Kurz notiert + + + kurz notiert + + + kurz notiert +

SoVD betont Bedeutung der Rehabilitation

Vertreter des SoVD waren zum 3. Parlamentarischen Frühstück des Deutschen Reha-Tages in Berlin geladen.

Ziel der Gespräche ist ein politischer Austausch mit Parlamentariern zu wichtigen Fragen der Rehabilitation. Der SoVD ist, als einer von wenigen Betroffenenverbänden, Mitinitiator des Deutschen Reha-Tages. Er gibt den Belangen der Betroffenen eine gewichtige Stimme in den dortigen rehabilitationspolitischen Diskussionen und Initiativen. In seiner Eröffnungsrede unterstrich Lothar Dufke für den SoVD die zentrale Bedeutung der Rehabilitation für eine solidarische Gesellschaft. Rehabilitation müsse bei vielen der derzeit politisch diskutierten Themen stärker berücksichtigt werden.

Gesundheit: Kritik am SPD-Modell

Die SPD stellte ihr Konzept einer Bürgerversicherung der Öffentlichkeit vor. Ein SoVD-Vertreter nahm daran teil.

Prof. Dr. Karl Lauterbach stellte den Vorschlag der SPD vor. Im Gegensatz zum SoVD-Bürgerversicherungskonzept favorisiert die SPD eine Finanzierung über drei Säulen: prozentualer, lohnbezogener Bürger- / Arbeitnehmerbeitrag, prozentualer Arbeitgeberbeitrag und Steuerzuschuss durch die Anhebung der Kapitalertragssteuer. Kritisch sieht der SoVD, dass an den Zuzahlungen durch die Versicherten und an der Praxisgebühr festgehalten werden soll. Auch in Bezug auf die verfassungs- und europarechtliche Bewertung des SPD-Konzeptes blieben einige Fragen offen.

Eckpunkte zu Patientenrecht vorgestellt

10 Länder haben ihr gemeinsames Eckpunktepapier zu den Patientenrechten in Deutschland der veröffentlicht.

Die Gesundheitsminister und -senatoren der Länder haben am 18. November ihr Eckpunktepapier zu Patientenrechten vorgestellt. Der SoVD begrüßt, dass sich darin einige seiner Forderungen wiederfinden. Beispielsweise sieht der Vorschlag der Länder einen Entschädigungsfonds bei Behandlungsfehlern vor. Auch die Einführung eines Gutachter-Pools entspricht den Forderungen des SoVD. Der Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Wolfgang Zöller, MdB, hat angekündigt in Kürze ebenfalls einen Referentenentwurf zu den Patientenrechten vorzustellen.

Jahrestagung des Bundeskompetenzzentrums

SoVD leitet Arbeitsgruppe zu Barrierefreiheit

Die Jahrestagung des Bundeskompetenzzentrums Barrierefreiheit stand unter dem Titel „UN-Behindertenrechtskonvention: Deutschland auf dem Weg zur barrierefreien Gesellschaft?!“.

Die Veranstaltung wurde gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte durchgeführt, um die menschenrechtliche Dimension der Barrierefreiheit zu unterstreichen und Impulse für die Debatte in Deutschland zu gewinnen. Der SoVD leitete eine von drei Arbeitsgruppen (AG). Die Veranstaltung sowie die AGs wurden live im Internet übertragen und sind unter www.institut-fuer-menschenrechte.de im Bereich „Audio- und Videobar“ abrufbar.

Die neu berufene Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Dr. Annette Niederfranke, betonte die staatliche Aufgabe und Verpflichtung, Barrierefreiheit herzustellen und so Inklusion zu ermöglichen. Gerade im Bildungsbereich seien die Barrieren noch sehr hoch. Beim Medium Internet sei mit der BITV II ein wichtiger Schritt zur Barrierefreiheit gegangen worden. Auch in den weiteren Reden und Statements wurde die staatliche Verpflichtung, für Barrierefreiheit zu sorgen, sehr deutlich.

Insgesamt ging von der Veranstaltung ein positives Signal aus. Sie konnte den Handlungsdruck im Bereich Barrierefreiheit verdeutlichen, die vorrangige Verantwortlichkeit des Staates herausarbeiten und ein sehr einheitliches Bild zu Erwartungen und notwendigen Schritten zeichnen. Nicht zuletzt wurden die zukünftige Funktion und die Handlungsfelder des Bundeskompetenzzentrums Barrierefreiheit (BKB) im Gefüge notwendiger Initiativen konkretisiert.